



Samstag, 25. April 2026, 15:58 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Der König in Washington

Das Treffen zwischen dem britischen Monarchen Charles und dem selbsternannten Global Leader Donald Trump bringt einige historische Bruchlinien im beiderseitigen Verhältnis zum Vorschein.

von Wolfgang Sachsenröder
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Stefano Costantino TTL, Joey Sussman)

Heute erscheinen die USA und Großbritannien in

tagesaktuellen Fragen vielfach wie „ein Herz und eine Seele“. Vielleicht auch, weil das einander in „special relationship“ verbundene Freundespaar sich problemlos auf eine gleichermaßen herz- und seelenlose Politik einigen kann. Das war jedoch nicht immer so. Im so genannten amerikanischen Unabhängigkeitskrieg von 1775 bis 1783 griffen beide Seiten gegeneinander zu den Waffen. Mit involviert war damals Frankreich. Das europäische Land unterstützte die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kolonie gegen England, wohl auch, um einem Erzrivalen zu schaden. Spielen solche historische Belastungen beim diesjährigen Treffen zwischen Charles und Trump noch eine Rolle? Jedenfalls scheint das Gerede von der transatlantischen „Wertegemeinschaft“ heute weniger glaubwürdig denn je. Jedes Land kämpft mittlerweile vor allem für sich selbst. Die Folgen, die übermäßige Hochrüstung im 18. Jahrhundert für die USA hatte, sollte allerdings heutigen Kriegsbegeisterten als Warnung dienen.

König Charles und Königin Camilla werden Ende April zu einem Staatsbesuch in Washington erwartet. Die britische und die US-Regierung stellen den Besuch als Feier der gemeinsamen Geschichte und der „special relationship“ dar. Die Planungen begannen bereits Anfang 2025 im Zusammenhang mit der königlichen Einladung nach London, die Premierminister Keir Starmer im Oval Office überraschend aus der Jackentasche zog und Präsident Trump vor den Fernsehkameras überreichte. Der Pomp bei seinem Besuch in London im September war für Präsident Trump „terrific“. Für den königlichen Gegenbesuch ist leider der Ballsaal noch nicht fertig.

Zu Hause im Vereinigten Königreich ist der Staatsbesuch des Königs politisch umstritten. Die Planung wird vor allem als durchsichtiger Versuch kritisiert, das belastete Verhältnis zu Präsident Trump mithilfe des Königs zu verbessern. Trump hatte Starmer und Großbritannien wie andere europäische Länder heftig kritisiert, weil sie sich nicht am Irankrieg und an der Sicherung der Meerenge von Hormus beteiligen wollen. Nach Umfragen ist fast die Hälfte der Briten gegen die königliche Reise, weil sie die Neutralität der Krone durch Parteipolitik missbraucht sehen, weil er Trump diplomatisch aufwerte und den betagten König in eine peinliche Situation bringen könnte. Eine breite Stimmung richtet sich gegen den amerikanisch-israelischen Irankrieg, auch deshalb wird vielfach eine Verschiebung des Besuchs gefordert.

Währenddessen demonstrieren in den USA ungewöhnlich viele Bürger mit „NO KINGS“-Plakaten gegen Präsident Trump, seine selbstherrliche Politik und den Iran-Krieg.

Mit „No Kings“ ist sicher nicht König Charles gemeint aber mit dem historischen Hintergrund im Verhältnis zwischen England, Frankreich und den USA, enthält die Planung einige ironische Untertöne.

Der Staatsbesuch soll die traditionelle Sonderbeziehung der beiden Länder unterstreichen, aber schon der Termin im April ist leicht verfrüht, denn die dreizehn britischen Kolonien zwischen Maine im Norden und Georgia im Süden der amerikanischen Ostküste erklärten erst am 4. Juli 1776 ihre Unabhängigkeit. Zweitens muss man kein Historiker sein, um sich zu fragen, warum Großbritannien den Verlust seiner amerikanischen Kolonien nach 250 Jahren eigentlich feiern sollte. 1786 war es viel eher um einen politischen und diplomatischen Erfolg Frankreichs gegen England gegangen.

Frankreichs vergessene Rolle im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg

Erste Gefechte zwischen den amerikanischen Siedlern und britischen Truppen begannen im Frühjahr 1775 und dauerten nach der Unabhängigkeitserklärung noch sieben Jahre an. Erst im Friedensvertrag von Paris 1783 trat England die 13 Kolonien sowie die Gebiete zwischen den Großen Seen, den Appalachen und dem Mississippi formell ab. Pikant war der Vertragsort Versailles vor allem dadurch, dass Frankreich die amerikanischen Aufständischen mit Waffen- und Materiallieferungen erheblich unterstützt hatte. Für die Briten waren sie Rebellen, für die Franzosen dagegen Freiheitskämpfer; die Französische Revolution von 1789 und ihre Freiheitswerte warfen ihre Schatten voraus. Hinzu kam, dass Frankreich im Siebenjährigen Krieg von 1756 bis 1763 fast alle nordamerikanischen Kolonien an England verloren hatte und finanziell stark geschwächt war. Um weitere Kriege zu vermeiden, musste die Unterstützung der Amerikaner geheim bleiben.

Organisiert wurde sie weitgehend von dem heute nur noch als Schriftsteller bekannten Pierre-Augustin Caron de Beaumarchais, dem Autor der damals regimekritischen Theaterstücke *Der Barbier von Sevilla* und *Figaros Hochzeit*. Beaumarchais war aber auch ein äußerst erfolgreicher Geschäftsmann mit europaweiten Verbindungen. Mit Hilfe des Außenministers Graf Vergennes und jeweils einer Million Livres von Frankreich und Spanien (ein Livre entsprach ungefähr dem Tageslohn eines Arbeiters) sowie eigenen Finanzierungen begann Beaumarchais die geheime Rüstungshilfe. Geliefert wurden Munition, Gewehre, Uniformstoffe, Schuhe und andere Ausrüstungen für Zehntausende amerikanische Soldaten.

Lange hatten die gut ausgestatteten Briten die Aufstände niederschlagen können, nicht zuletzt mit Hilfe von rund 30.000 deutschen Söldnern, die meisten

aus Hessen-Kassel, die von ihrem Landgrafen an England verkauft wurden.

Nach einer massiven französischen Waffenlieferung gelang den Amerikanern im September und Oktober 1776 in der Schlacht von Saratoga ein erster entscheidender Sieg, der das Ende der britischen Kolonialherrschaft einleitete. Kurz danach traf Benjamin Franklin als amerikanischer Unterhändler in Paris ein und bereitete die offizielle Anerkennung der Vereinigten Staaten durch Frankreich vor.

Beaumarchais hatte auch Mittel aus seinem erheblichen Vermögen in die Hilfssendungen gesteckt; mit den vereinbarten Rückzahlungen blieben die Amerikaner aber zögerlich. Mit der Revolution verlor er den Rest seiner Habe, lebte zeitweise in Hamburg im Exil und starb 1799 in Paris als armer Mann.

Interessant sind auch die Seerouten der Waffenlieferungen, denn England beherrschte damals eindeutig die Weltmeere und konnte die Ostküste ausreichend abschirmen. Beaumarchais nutzte Kredite niederländischer Banken sowie niederländische Handelsschiffe und lenkte die Lieferungen über Karibikinseln wie Curaçao, Sint Eustatius oder Sint Maarten, wo sie diskret und neutral umgeladen und aufs Festland gebracht werden konnten. Die bis heute niederländischen Antillen gelten immer noch als neutrale und diskrete Paradiese und Steueroasen.

Finanzielle Folgen für Frankreich

Wie für Beaumarchais war die verdeckte Militärhilfe auch für das ohnehin finanzschwache Frankreich am Ende des Ancien Régime desaströs. Die Gesamtausgaben erreichten mit rund 1,5 Milliarden Livres fast ein Drittel des Staatshaushalts und führten das

absolutistische Finanzsystem an den Rand des Bankrotts. Kriegsschulden und strukturelle Steuerprobleme verstärkten die politischen und wirtschaftlichen Spannungen, die 1789 in die Französische Revolution mündeten. Nach dem Friedensvertrag von Paris 1763 ließen sich die jungen Vereinigten Staaten mit der vereinbarten Rückzahlung für die Militärhilfe auch weiterhin viel Zeit. Erst 1830 gab es eine eher symbolische Zahlung an die Tochter des verstorbenen Beaumarchais.

Frankreich, Großbritannien und ihr Verhältnis zu den USA

Bei den Massendemonstrationen der letzten Wochen gegen Trump und den Irankrieg tauchten häufig fotogen als Freiheitsstatue verkleidete Frauen auf. Die Statue of Liberty im New Yorker Hafen, eingeweiht 1886 zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung, war ein Geschenk Frankreichs, ein Symbol für die gemeinsamen Ideale von Freiheit und Demokratie und die transatlantische Partnerschaft. Immerhin hatte König Ludwig XVI. die amerikanischen Gesandten mit Benjamin Franklin 1778 offiziell als Botschafter empfangen und damit als erstes Land die Vereinigten Staaten als souveräne Nation anerkannt. Wie weit das die britische Sicht auf die gemeinsame Geschichte beeinflusst hat, sei dahingestellt. Sie wurde jedenfalls durch die militärische Zusammenarbeit in den beiden Weltkriegen überlagert, auch wenn auf englischer Seite gelegentlich sarkastisch kommentiert wurde, dass die beiden Länder durch eine gemeinsame Sprache getrennt seien.

Präsident Trumps rasche Politikwechsel machen es heute allen Europäern schwer, die transatlantische Zusammenarbeit und die oft beschworene westliche Wertegemeinschaft als zentrale politische Konstante so weiterzutragen, wie sie es fast achtzig Jahre lang war.

Als Warnung kommt hinzu, dass heute wie im vorrevolutionären Frankreich des 18. Jahrhunderts die Militärausgaben nur noch über neue Schulden finanziert werden können. In den USA sieht es noch prekärer aus als in Europa, denn mit einem aktuellen Schuldenstand von 39 Billionen Dollar, täglich zahlbaren Zinsen von einer Milliarde und täglichen Kosten im Irankrieg von ebenfalls einer Milliarde oder mehr liegt die Schuldenquote bereits bei 124 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die vom Irankrieg ausgelöste Energiekrise, rapide steigende Lebenshaltungskosten und Einschnitte bei den Sozialsystemen lassen die Zustimmung zur Regierungspolitik auf beiden Seiten des Atlantiks abstürzen.

Singapur, den 21. April 2026



Wolfgang Sachsenröder, Jahrgang 1943, hat als Politikberater in Asien, dem Mittleren Osten und Südosteuropa gearbeitet und lebt seit 2008 wieder in Singapur. Sein besonderes Interesse gilt Südostasien, dessen Politik er insgesamt 25 Jahre beobachtet und kommentiert hat. In seinem jüngsten Buch beschreibt er die Geschichte des Opiumhandels und dessen politische Folgen bis heute: „From Opium to Amphetamines – The Nine Lives of the Narcotics Industry in Southeast Asia“, erschienen im April bei WorldScientific. In seinem Blog **partyforumseasia.org** (<https://partyforumseasia.org/>) beleuchtet er politische Entwicklungen in der Region.